

Internationales Gesellschaftsrecht in der Praxis

Kollisions- und Sachrecht wesentlicher Fälle mit Auslandsberührung, Europäisches Unternehmensrecht, Wahl der Gesellschaftsform, Corporate Governance, Wichtige ausländische Rechtsformen

von

Dr. Andreas Spahlinger, Prof. Dr. Gerhard Wegen, Peter Steffen Carl, Dr. Fred Wendt, Dr. Sven-Christian Witt

Dr Gerhard Wegen is a partner in Gleiss Lutz in Stuttgart, and Professor of Law at the University of Tübingen. His practice focuses on corporate law and M&A. He has an outstanding track record advising international clients in all aspects of crossborder M&A projects.

1. Auflage

[Internationales Gesellschaftsrecht in der Praxis – Spahlinger / Wegen / Carl / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Europäisches und Internationales Gesellschaftsrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2005

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 52621 3

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXIII
A. Einleitung (Spahlinger/Wegen)	1
B. Deutsches Internationales Gesellschaftsrecht (Spahlinger)	3
I. Deutsches autonomes Kollisionsrecht	3
1. Grundlagen und Grundbegriffe des Kollisionsrechts	3
2. Das Gesellschaftsstatut	4
a) Regelanknüpfung für alle gesellschaftsrechtlichen Sachverhalte (Einheitslehre)	4
b) Bestimmung des Gesellschaftsstatus	6
aa) Gesetzeslage	6
bb) Mögliche Anknüpfungspunkte – Überblick	7
cc) Die Sitztheorie	7
(1) Anknüpfungspunkt und Ratio	7
(2) Praktische Rechtsfolgen der Sitztheorie	8
(a) Fall 1: Die Gesellschaft wurde nach dem Recht eines ausländischen Staates A gegründet und hat ihren Verwaltungssitz im ausländischen Staat B	8
(b) Fall 2: Gründung einer ausländischen Gesellschaft mit tatsächlichem Verwaltungssitz in Deutschland	9
(c) Fall 3: Gründung einer deutschen Gesellschaft mit Verwaltungssitz im Ausland	11
(d) Fall 4: Die Gesellschaft wurde nach deutschem Recht gegründet und hat ihren Verwaltungssitz ins Ausland verlegt	11
(e) Fall 5: Die Gesellschaft wurde nach ausländischem Recht gegründet und hat ihren Verwaltungssitz nach Deutschland verlegt	12
(3) Nachteile der Sitztheorie	13
dd) Die Gründungstheorie	13
ee) Vermittelnde Theorien	14
ff) Aktueller Stand: Weitergeltung der Sitztheorie im Verhältnis zu Drittstaaten	16
gg) Ermittlung des tatsächlichen Verwaltungssitzes	18
(1) Grundsatz	18
(2) Indizien	19
(3) Widerlegbare Vermutung und Beweislastregeln	21
(4) Doppel- und Mehrfachsitze	22
(5) Verwaltungssitz von Konzerngesellschaften	22
hh) Subsidiäre Anwendung der Gründungstheorie	22
c) Kein Verstoß der Sitztheorie gegen die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. 11. 1950 (EMRK)	23
d) Kein Verstoß der Sitztheorie gegen das GATS	23
e) Regelanknüpfung für juristische Personen und sonstige Gebilde	24
aa) Grundsatz	24
bb) Die Einordnung bestimmter Gebilde	24
3. Überblick über sonstige wichtige Kollisionsnormen	28
II. Sonderregeln für Gesellschaften aus EU-Staaten	28
1. Vorrang EG-rechtlicher Regelungen	28
2. Das gescheiterte „Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen“ vom 29. 2. 1968	28
3. Regelung der Niederlassungsfreiheit für Gesellschaften im EG-Vertrag	29
4. Rechtsprechung des EuGH zur Niederlassungsfreiheit der Gesellschaften	30
a) Die Daily Mail-Entscheidung des EuGH vom 27. 9. 1988	30
b) Die Centros-Entscheidung des EuGH vom 9. 3. 1999	32

Inhaltsverzeichnis

c) Die Überseering-Entscheidung des EuGH vom 5. 11. 2002	33
d) Die Inspire Art-Entscheidung des EuGH vom 30. 9. 2003	35
5. Umsetzung der Vorgaben des EuGH durch die deutschen Gerichte	37
a) Deutsche Rechtsprechung in der Zeit zwischen Centros und Überseering	37
b) Deutsche Rechtsprechung seit Überseering	38
6. Umsetzung der Vorgaben des EuGH durch die Österreichischen Gerichte	41
7. Aktueller Stand und Ausblick: Entschiedene Fragen, Schlussfolgerungen und offene Fragen	43
a) Wesentliche entschiedene Fragen	44
aa) Niederlassungsfreiheit der Gesellschaften – Anwendungsbereich und Folgerungen	44
bb) Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit	44
b) Offene Fragen und Schlussfolgerungen	45
aa) Kollisionsrechtlicher Charakter der Niederlassungsfreiheit	45
bb) Derzeitige Anwendungsbereiche von Gründungs- und Sitztheorie	45
(1) Gesellschaften, die keinen Erwerbszweck verfolgen	46
(2) Personenvereinigungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	46
(3) Schein-EU-Gesellschaften (pseudo EU corporations)	47
(4) Gründung von Auslandsgesellschaften, die von Anfang an ihren tatsächlichen Verwaltungssitz im Inland haben	47
(5) Zuzug (Verlegung des tatsächlichen Verwaltungssitzes ins Inland) von Gesellschaften aus Mitgliedstaaten, die der Sitztheorie folgen	48
(6) Wegzug (Verlegung des tatsächlichen Verwaltungssitzes ins Ausland)	49
cc) Geltung der Einheitslehre – Sonderanknüpfungen	50
(1) Grundsatz der einheitlichen Anwendung des ausländischen Gesellschaftsstatuts auf ausländische Gesellschaften mit tatsächlichem Verwaltungssitz im Inland	50
(2) Rechtfertigung von Sonderanknüpfungen oder Sondervorschriften	51
dd) Wettbewerb der Gesellschaftsrechte, Vor- und Nachteile der englischen Ltd.; Reformbedarf für das deutsche Gesellschaftsrecht	52
III. Sonderregeln für Gesellschaften aus Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)	54
IV. Sonderregeln für Gesellschaften aus Drittstaaten aufgrund von bilateralen Staatsverträgen	55
1. Rang staatsvertraglicher Regelungen im Verhältnis zum autonomen deutschen Recht und im Verhältnis zu Europäischem Recht	55
2. Das gescheiterte Haager Übereinkommen über die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit von ausländischen Gesellschaften, anderen Personenverbindungen und Stiftungen vom 31. 10. 1951	55
3. Anerkennung von Gesellschaften aufgrund des Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 29. 10. 1954	56
a) Voraussetzungen und Schranken der Anerkennung	56
aa) Wirksame Gründung und Fortbestehen im Gründungsstaat	56
bb) Genuine Link als Anerkennungsvoraussetzung?	57
cc) Ordre Public als Anerkennungsvoraussetzung?	59
b) Rechtsfolgen der Anerkennung	59
c) Konsequenzen der Anerkennung im Steuerrecht: das Urteil des BFH vom 29. 1. 2003	60
4. Anerkennung von Gesellschaften aufgrund des Niederlassungsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien vom 23. 4. 1970	61
5. Anerkennung von Gesellschaften aufgrund des Handels- und Schifffahrtsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und Irland vom 12. 5. 1930	61
6. Anerkennung von Gesellschaften aufgrund der Freundschafts- und Niederlassungsabkommen mit der Dominikanischen Republik, Frankreich, Griechenland, Iran, Italien, Japan, den Niederlanden und der Türkei	62
7. Die Anerkennung von Gesellschaften aufgrund von bilateralen Kapitalanlage- und Kapitalschutzabkommen	63

Inhaltsverzeichnis

C. Für Gesellschaften relevante Sachverhalte mit Auslandsberührung (<i>Spahlinger/Wegen</i>)	67
I. Grundsatz	67
II. Gründung der Gesellschaft	67
a) Vorgründungsphase	67
b) Errichtungsphase	68
III. Rechtsfähigkeit	69
1. Allgemeine Rechtsfähigkeit	69
2. Besondere Rechtsfähigkeiten	71
a) Erwerb von Gesellschaftsanteilen an anderen Gesellschaften	71
b) Grenzüberschreitende Typenvermischung	72
aa) Zulässigkeit der Typenvermischung	72
bb) Firmierung und Publizität der Vertretungsmacht	73
c) Organfähigkeit	74
d) Wechsel- und Scheckfähigkeit	75
e) Anleihefähigkeit	75
3. Existenznachweis (Nachweis der Rechts- und Parteifähigkeit)	76
IV. Geschäftsfähigkeit und Vertretung der Gesellschaft	76
1. Organschaftliche Vertretung	76
2. Vollmacht	76
3. Nachweis der Vertretungsmacht und Rechtsfolgen der Vertretung ohne Vertretungsmacht	77
V. Partei- und Prozessfähigkeit	78
1. Parteifähigkeit	78
2. Prozessfähigkeit	79
VI. Innere Verfassung, Mitbestimmung	79
1. Überblick	79
2. Unternehmerische Mitbestimmung	80
a) Abgrenzung zur betrieblichen Mitbestimmung	80
b) Grundsatz der Anknüpfung an das Gesellschaftsstatut	80
c) Literaturansichten zur Sonderanknüpfung	80
d) Behandlung von Arbeitnehmern ausländischer Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen in deutschen Konzernen	81
e) Behandlung von Arbeitnehmern deutscher Zweigniederlassungen ausländischer Gesellschaften	82
f) Grenzüberschreitende Konzerne	83
VII. Kapitalausstattung und Kapitalersatz	84
1. Kapitalersatz	84
2. Anwendbarkeit der deutschen Bestimmungen über Kapitalausstattung und Kapitalersatz auf ausländische Gesellschaften mit tatsächlichem Verwaltungssitz im Inland?	85
VIII. Schuldrechtliche Nebenabreden der Gesellschafter	86
1. Grundsatz	86
2. Eingriffe in die Gesellschaftsstruktur	87
IX. Übertragung und Belastung von Gesellschaftsanteilen	88
X. Haftung (insbesondere Durchgriffshaftung)	89
1. Allgemeines	89
a) Gesellschaftsrechtliche Haftungstatbestände	89
b) Nicht gesellschaftsrechtliche Haftungstatbestände	90
c) Verkehrsschutzgesichtspunkte	90
2. Durchgriffshaftung der Gesellschafter	90
a) Grundsatz	90
aa) Literaturansichten	90
bb) Rechtsprechung	92
b) Rechtsumgehungstatbestände	92
c) Doppelter Haftungsdurchgriff	92

Inhaltsverzeichnis

3. Ausgewählte Haftungstatbestände	93
a) Materielle Unterkapitalisierung	93
b) Vermögensvermischung	93
c) Existenzvernichtender Eingriff	93
d) Rechtscheinhaftung	95
e) Haftung wegen Insolvenzverschleppung und Haftung gemäß § 64 Abs. 2 GmbHG, §§ 92 Abs. 3, 93 Abs. 3 Nr. 6 AktG	96
f) Stellvertreterhaftung	96
g) Haftung wegen Verletzung fremden Eigentumsvorbehalts	96
h) Action en comblement du passif nach französischem Recht	97
4. Umgekehrter Durchgriff auf das Vermögen der Gesellschaft	97
XI. Abgrenzung zwischen Gesellschaftsstatut und Deliktsstatut	98
1. Vorliegen einer unerlaubten Handlung und Haftung des Gesellschaftsorgans	98
2. Deliktsfähigkeit der Gesellschaft	98
3. Nach dem Gesellschaftsstatut zu ermittelnde Vorfragen	98
XII. Grenzüberschreitende Konzerne und Unternehmensgruppen	99
1. Einführung	99
a) Unterordnungskonzern, Gleichordnungskonzern, Vertragskonzern, faktischer Konzern	99
b) Rechtlicher Rahmen auf internationaler und EU-Ebene	99
c) Die Regelung grenzüberschreitender Konzernsachverhalte im deutschen Recht	100
2. Grenzüberschreitender Unterordnungskonzern	101
a) Kollisionsrechtliche Regeln	101
b) Grenzüberschreitende Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	102
aa) Zulässigkeit nach deutschem Sachrecht	102
bb) Kollisionsrecht	102
cc) Das für grenzüberschreitende Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträge maßgebliche deutsche Sachrecht; Vertragsgestaltung und Umsetzung in der Praxis	103
dd) Steuerliche Überlegungen (Witt)	105
c) Andere Unternehmensverträge	106
d) Faktischer Konzern	106
e) Ausländische Gesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland als Konzerngesellschaft	107
f) Deutsche Gesellschaften mit Verwaltungssitz im Ausland als Konzerngesellschaft	108
3. Grenzüberschreitender Gleichordnungskonzern – Dual Headed Structure	108
a) Praktische Bedeutung; Vor- und Nachteile	108
b) Konstruktion; kollisionsrechtliche Behandlung und Überblick über sachrechtliche Schwierigkeiten nach deutschem Recht	109
4. Aktienrechtliche Grenzen zulässiger Konzernverflechtung	112
a) Übernahme-, Erwerbs- und Besitzverbote gemäß §§ 56 Abs. 2 und 71 d Satz 2 AktG	112
b) Nichtigkeit von Stimmbindungsverträgen gemäß § 136 Abs. 2 Satz 1 AktG	113
c) Bestellung des Aufsichtsrats	114
5. Mitteilungs- und Informationspflichten	114
6. Besondere Vorschriften für Rechtsbeziehungen im grenzüberschreitenden Konzern	115
a) Dokumentationspflichten/Verrechnungspreise	115
b) Datenaustausch	115
aa) Arbeitnehmerdaten	116
bb) Kundendaten	116
c) Mitbestimmung	117
7. Besondere Konzernhaftungstatbestände	117
a) Konzernhaftung im EU-Wettbewerbsrecht	117
b) Konzernhaftung gemäß BBodSchG	117
8. Internationale Gerichtszuständigkeit für Konzernhaftungsansprüche	117
a) Konzerninnenhaftung	118

Inhaltsverzeichnis

b) Konzernaußenhaftung	119
c) Konzernspezifische Organhaftung	120
9. Konzerninsolvenz	120
10. Die SE als Konzerngesellschaft	121
XIII. (Identitätswahrende) grenzüberschreitende Sitzverlegung	121
1. Außereuropäische Sitzverlegung	122
a) Verlegung des Verwaltungssitzes einer nach deutschem Recht gegründeten Gesellschaft ins Ausland	122
aa) Kollisionsrechtliche Behandlung	122
bb) Behandlung nach deutschem Sachrecht	122
b) Verlegung des Satzungssitzes einer nach deutschem Recht gegründeten Gesellschaft ins Ausland	124
c) Verlegung des Verwaltungssitzes und des Satzungssitzes einer nach deutschem Recht gegründeten Gesellschaft ins Ausland	125
d) Verlegung einer nach ausländischem Recht gegründeten Gesellschaft in die Bundesrepublik Deutschland	126
e) Verlegung des Verwaltungssitzes von einem ausländischen Staat in einen anderen	127
2. Grenzüberschreitende identitätswahrende Sitzverlegung innerhalb der Europäischen Union	127
a) Zuzugsfälle nach den Überseering- und Inspire Art-Entscheidungen des EuGH	127
b) Wegzugsfälle und Niederlassungsfreiheit	128
aa) Möglichkeiten zur Verlegung des Verwaltungssitzes unter Beibehaltung des (deutschen) Satzungssitzes	128
bb) Verlegung des Verwaltungssitzes und Niederlassungsfreiheit	128
cc) Verlegung des Satzungssitzes und Niederlassungsfreiheit	130
c) Der Vorentwurf eines Richtlinienvorschlags zur Verlegung des Gesellschaftssitzes innerhalb der EU	130
3. Steuerrechtliche Folgen der Sitzverlegung (Witt)	132
a) Ebene der Gesellschaft	133
aa) Voraussetzungen zur Anwendung der Schlussbesteuerung	133
bb) Rechtsfolgen der Schlussbesteuerung	134
cc) Zuzug von Gesellschaften	134
b) Ebene des Anteilseigners	135
XIV. Grenzüberschreitende Verschmelzung und Spaltung	135
1. Kollisionsrecht	135
2. Grenzüberschreitende Verschmelzungen und Spaltungen nach deutschem Sachrecht	137
a) Zulässigkeit der grenzüberschreitenden Verschmelzung und Spaltung	137
b) Anwendbares deutsches Sachrecht	138
3. Umwandlung einer österreichischen Kapitalgesellschaft durch Übertragung ihres Unternehmens auf ihren deutschen Hauptgesellschafter gemäß §§ 2 ff. öUmwG	138
4. Grenzüberschreitende Umwandlung oder Verschmelzung durch Vereinigung aller Gesellschaftsanteile in einer Hand	139
a) Vereinigung aller Gesellschaftsanteile an einer deutschen Personen- oder Personenhandelsgesellschaft in der Hand einer ausländischen Person	139
b) Vereinigung aller Gesellschaftsanteile an einer ausländischen Gesellschaft in der Hand einer deutschen Person	140
5. Im Ausland belegenes Vermögen	140
6. Der Entwurf einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften (Verschmelzungsrichtlinie)	141
a) Rechtsetzungsverfahren und Ziele der Richtlinie	141
b) Überblick über den voraussichtlichen Inhalt der Richtlinie	142
7. Steuerrecht (Witt)	143
a) Europarechtliche Grundlagen	144

Inhaltsverzeichnis

b) Heraus-Verschmelzung	145
aa) Steuerliche Folgen bei der Gesellschaft	145
bb) Steuerliche Folgen beim Anteilseigner	145
c) Hinein-Verschmelzung	146
XV. Pflichten zur Anmeldung beim Handelsregister	146
1. Kollisionsrechtliche Anknüpfung der Anmeldungspflicht	146
2. Zweigniederlassungen	147
3. Pflicht zur Anmeldung der Hauptniederlassung einer ausländischen Gesellschaft	148
XVI. Firmenrecht	149
1. Kollisionsrechtliche Anknüpfung	149
2. Zulässigkeit der Firma der Zweigniederlassung	149
3. Die Firma einer Auslandsgesellschaft	150
XVII. Haftung wegen Firmenfortführung	151
XVIII. Rechnungslegung und Abschlussprüfung	151
1. Rechnungslegung inländischer Zweigniederlassungen	152
2. Rechnungslegung von EU-Auslandsgesellschaften	152
XIX. Prokura und Handlungsvollmacht	153
XX. Kaufmannseigenschaft	154
1. Kollisionsrechtliche Anknüpfung	154
2. Kaufmannseigenschaft ausländischer Personen	155
XXI. Kapitalmarktrechtliche Sachverhalte	156
1. Einheitliche kapitalmarktrechtliche Kollisionsnorm?	156
2. Kapitalmarktrechtliche Mitteilungspflichten	157
3. Insiderrecht	158
a) § 1 Abs. 2 WpHG als zivilrechtliche Kollisionsnorm	158
b) § 1 Abs. 2 WpHG als verwaltungsrechtliche Kollisionsnorm	159
c) Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	159
4. Übernahmeangebote	160
a) Der internationale Anwendungsbereich des WpÜG	160
b) Kollisionsrecht der Unternehmensübernahmen	161
c) Kollisionsrechtliche Regelungen der Übernahmerichtlinie	162
XXII. Fremdenrecht	163
1. Allgemeines	163
2. Inländische Zweigniederlassung eines ausländischen Unternehmens	164
a) Erforderliche Genehmigungen	164
b) Registerrecht	164
aa) Allgemeines	164
bb) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht	165
cc) Zur Anmeldung verpflichtete Personen und Inhalt der Anmeldung	166
dd) Prüfungsrechte des Registergerichts	167
ee) Weitere anmeldepflichtige Vorgänge	168
ff) Wirkungen der Eintragung	168
gg) Durchsetzungsmöglichkeiten der Anmeldung	168
hh) Weitere eintragungsfähige Tatsachen	168
c) Auftreten der eingetragenen Zweigniederlassung im Geschäftsverkehr	168
d) Rechnungslegungspflichten der Zweigniederlassung	169
e) Checklisten zur Errichtung einer Zweigniederlassung in Deutschland	169
aa) Checkliste zur Errichtung einer Zweigniederlassung in Deutschland einer ausländischen Gesellschaft, die einer deutschen GmbH entspricht	169
bb) Checkliste zur Errichtung einer Zweigniederlassung in Deutschland einer ausländischen Gesellschaft, die einer deutschen AG entspricht	171
3. Ausländer als Organmitglieder ausländischer Gesellschaften	173
a) Ausländische Staatsangehörigkeit	173
b) Wohnsitz	173
XXIII. Formfragen, Beurkundungen, Beglaubigungen	174
1. Anwendbarkeit von Art. 11 EGBGB	175

Inhaltsverzeichnis

2. Zuständigkeit deutscher Notare und Behörden für Beurkundungen und Beglaubigungen im In- und Ausland	176
3. Einhaltung deutscher Formvorschriften durch ausländische Notare	177
4. Einzelne Sachverhalte und praktische Aspekte	178
a) Rechtsgeschäfte mit unmittelbarem Bezug zur Gesellschaftsverfassung	178
b) Verkauf und Abtretung von GmbH-Geschäftsanteilen	178
c) Verkauf und Übertragung von Geschäftsanteilen an einer ausländischen GmbH nach deutschem Recht oder in Deutschland	180
d) Bestellung eines GmbH-Geschäftsführers, der sich im Ausland befindet	181
e) Gesellschafterversammlung im Ausland	182
f) Existenz- und Vertretungsnachweise	182
g) Urkunden in ausländischer Sprache	183
h) Bezugnahme auf ausländische Urkunden	183
i) Verwendung ausländischer Urkunden; Legalisation und Apostille	183
aa) Legalisation	183
bb) Entbehrlichkeit der Legalisation aufgrund von Staatsverträgen	184
cc) Haager Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 5. 10. 1961	184
dd) Verzeichnis der Vertragsstaaten des Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation – Stand 14. 6. 2005	184
XXIV. Auflösung, Abwicklung, Beendigung	187
XXV. Insolvenz der Gesellschaft	188
1. Maßgeblichkeit des Internationalen Insolvenzrechts; Rechtsquellen	188
2. EuInsVO	190
a) Grundstruktur der EuInsVO; Haupt-, Partikular- und Sekundärinsolvenzverfahren	190
b) Anwendungsbereich der EuInsVO	190
c) Hauptinsolvenzverfahren	191
aa) Internationale Zuständigkeit gemäß Art. 3 Abs. 1 EuInsVO	191
(1) Bestimmung des Mittelpunkts der hauptsächlichen Interessen des Schuldners	191
(2) Weitere Einzelfragen zur internationalen Zuständigkeit	193
bb) Örtliche Zuständigkeit	195
cc) Anerkennung und ihre Wirkung	195
(1) Voraussetzungen	195
(2) Wirkungen	195
dd) Unterrichtung der Gläubiger und Anmeldung ihrer Forderungen	196
d) Sekundärinsolvenzverfahren	196
aa) Zulässigkeit des Sekundärinsolvenzverfahrens	196
bb) Durchführung des Sekundärinsolvenzverfahrens und Verhältnis zum Hauptinsolvenzverfahren	197
e) Art. 102 EGIInsO, Durchführung der EuInsVO	198
f) Insolvenz ausländischer Gesellschaften, die den Mittelpunkt ihrer hauptsächlichen Interessen im Inland haben	198
aa) Insolvenzfähigkeit	199
bb) Eröffnungsgründe	199
cc) Insolvenzantrag: Antragsrecht und Antragspflicht	199
dd) Haftung wegen Insolvenzverschleppung und Haftung gemäß § 64 Abs. 2 GmbHG, §§ 92 Abs. 3, 93 Abs. 3 Nr. 6 AktG	200
ee) Strafrechtliche Verantwortlichkeit im Insolvenzfall; insbesondere: Strafbarkeit wegen Insolvenzverschleppung	202
ff) Verfahrenseröffnung, Verfahrensablauf und Verfahrensbeendigung	202
gg) Keine Haftung wegen existenzvernichtendem Eingriff und keine Anwendung der Eigenkapitalersatzregeln	202
3. Autonomes deutsches Internationales Insolvenzrecht	202
a) Anwendungsbereich der §§ 335 ff. InsO	202
b) Internationale Zuständigkeit	203
c) Anwendbares Recht	203

Inhaltsverzeichnis

d) Anerkennung ausländischer Insolvenzverfahren	203
e) Partikular- und Sekundärinsolvenzverfahren	204
4. Insolvenz einer ausländischen Gesellschaft mit (Zweig-)Niederlassung in Deutschland	204
XXVI. Gesellschaftsrechtliche Straf- und Ordnungsvorschriften	205
XXVII. Internationale Gerichtszuständigkeit für gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	206
1. Ausschließliche und besondere Zuständigkeiten gemäß EuGVVO, EuGVÜ und LugÜ	206
a) Ausschließliche Zuständigkeiten nach Art. 22 Nr. 2 Satz 1 EuGVVO und Art. 16 Nr. 2 EuGVÜ und LugÜ	206
b) Besondere Zuständigkeiten	207
aa) Einzelheiten zum Gerichtsstand des vertraglichen Erfüllungsortes, Art. 5 Nr. 1 EuGVVO, EuGVÜ und LugÜ	208
bb) Einzelheiten zum Gerichtsstand der unerlaubten Handlung, Art. 5 Nr. 3 EuGVVO, EuGVÜ und LugÜ	208
cc) Einzelheiten zum Gerichtsstand der Niederlassung, Art. 5 Nr. 5 EuGVVO, EuGVÜ und LugÜ	209
2. Besondere Zuständigkeiten in der ZPO	209
a) Besonderer Gerichtsstand der Mitgliedschaft, § 22 ZPO	209
b) Sonstige besondere Gerichtsstände	210
aa) Besonderer Gerichtsstand des Erfüllungsortes, § 29 ZPO	210
bb) Besonderer Gerichtsstand der unerlaubten Handlung, § 32 ZPO	210
cc) Besonderer Gerichtsstand der Niederlassung, § 21 ZPO	210
D. Grundlagen des Europäischen Unternehmensrechts, EWIV und Europäische Gesellschaft (SE) (Wendt)	211
I. Einleitung	211
1. Gegenstand des Europäischen Unternehmensrechts	211
a) Begriff des Europäischen Unternehmensrechts	211
b) Rechtsquellen des Europäischen Unternehmensrechts	211
aa) Primärrecht	211
bb) Sekundärrecht	212
2. Rechts- und Ermächtigungsgrundlagen des EG-Vertrages	212
a) Art. 44 Abs. 1, Abs. 2 lit. g EG	213
b) Art. 95 EG	214
c) Art. 293 EG	214
d) Art. 308 EG	214
II. Verabschiedete gesellschaftsrechtliche Abkommen, Verordnungen und Richtlinien	215
1. Gesellschaftsrechtliche Richtlinien	215
a) Publizitätsrichtlinie	215
b) Kapitalrichtlinie	216
c) Bilanzrichtlinie	217
d) Konzernrechnungsrichtlinie	217
e) Prüferbefähigungsrichtlinie	218
f) Fusionsrichtlinie	218
g) Spaltungsrichtlinie	218
h) Zweigniederlassungsrichtlinie	219
i) Einpersonengesellschaftsrichtlinie	219
j) Übernahmerichtlinie	220
aa) Historie	220
bb) Die einzelnen Regelungen	221
cc) Änderungsbedarf im Hinblick auf das WpÜG	223
(1) Anwendungsbereich	223
(a) Personaler und sachlicher Anwendungsbereich	223
(b) Auswirkung der Zuständigkeitsregelungen auf den Anwendungsbereich	223
(2) Kontrollerwerb, Auslösung und Inhalt des Pflichtangebot	224
(a) Acting in Concert	224
(b) Teilangebote	224

Inhaltsverzeichnis

(c) Inhalt des Angebots	224
(d) Gegenleistung	225
(3) Transparenz	225
(4) Neutralitätspflicht des Leitungsorgans der Zielgesellschaft; opt-in und opt-out, Art. 9 Abs. 1 und 2; Art. 12 RiL	225
(5) Durchgriffsregelung	225
(6) Übernahmespezifisches Squeeze-out und Sell-out	225
(a) Squeeze-out	226
(b) Sell-out	226
(7) Stellungnahme des Leitungs- bzw. Verwaltungsorgans, Art. 9 Abs. 5 Satz 1 RL	226
(8) Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmervertreter	226
2. Europäisches Einheitsrecht	226
a) Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	226
aa) Historie	226
bb) Normenhierarchie/Anknüpfungsleiter	227
cc) Grundstruktur, Einzelfragen	227
(1) Zweck: Hilfsfunktion	227
(2) Mitglieder	229
(3) Gründung	229
(4) Rechte der Mitglieder	231
(5) Pflichten der Mitglieder	232
(6) Beschlussfassung	233
(7) Mitgliederwechsel	233
(8) Organe	234
(9) Haftung	235
b) Europäische Aktiengesellschaft (SE)	235
aa) Historie	235
bb) Normenhierarchie/Anknüpfungsleiter	237
cc) Grundstruktur der SE	237
(1) Rechtsfähigkeit und Firma der SE	237
(2) Gezeichnetes Kapital	238
dd) Gründung der SE	238
(1) SE-Gründung durch Verschmelzung	238
(a) An der Verschmelzung beteiligte Gesellschaften	239
(b) Verschmelzungsplan und Abfindung	239
(c) Sachverständige	239
(d) Zustimmung der Hauptversammlungen	239
(e) Bescheinigung über Vorliegen der Gründungsvoraussetzungen	240
(f) Verfahren zur Überprüfung von Umtauschverhältnis oder Abfindung	240
(g) Gläubigerschutz	240
(h) Sitz der SE	240
(i) Einspruchsmöglichkeit für Mitgliedstaaten	241
(2) SE-Gründung durch Gründung einer Holding-SE	241
(a) An der Gründung der Holding-SE beteiligte Gesellschaften	241
(b) Gründungsplan und Abfindung	241
(c) Sachverständige	241
(d) Zustimmung der Gesellschafterversammlungen	242
(e) Erklärungsfrist für Gesellschafter	242
(f) Verfahren zur Überprüfung von Umtauschverhältnis oder Abfindung	242
(3) Gründung einer Tochter-SE	242
(4) SE-Gründung durch Umwandlung einer bestehenden Aktiengesellschaft	243
(a) Umwandlungsplan	243
(b) Sachverständige	243
(c) Zustimmung der Hauptversammlung	243
(d) Zustimmung des mitbestimmten Organs	243
(5) Sekundäre Gründung: Gründung einer Tochter-SE durch Mutter-SE	243
ee) Sitz der SE	243
ff) Organe der SE	244
(1) Hauptversammlung	244

Inhaltsverzeichnis

(2) Dualistisches System	244
(3) Monistisches System	245
(4) Gemeinsame Vorschriften für dualistisches und monistisches System	246
gg) Unternehmerische Mitbestimmung	246
(1) Ausgangspunkt: Mitbestimmungsvereinbarung	246
(a) Zusammensetzung des besonderen Verhandlungsgremiums	246
(b) Bestellung der Vertreter für das besondere Verhandlungsgremium	247
(c) Beschlussfassung im besonderen Verhandlungsgremium über die Mitbestimmungsvereinbarung	247
(2) Beschlussfassung, keine Verhandlungen aufzunehmen oder Verhandlungen abubrechen	248
(3) Auffangregelung	248
(a) Eingreifen der Auffangregelung	248
(b) Gliederung der Auffangregelung	249
(c) SE-Betriebsrat nach der Auffangregelung	249
(d) Unternehmerische Mitbestimmung nach der Auffangregelung	249
hh) Steuerrechtliche Behandlung der SE	250
ii) SE und Pflichtangebot	250
jj) Konzernrecht	250
(1) Konzernrechtliches Berichts- und Prüfungssystem uneingeschränkt anwendbar	251
(2) SE als herrschendes Unternehmen zulässig	251
(3) SE als beherrschtes Unternehmen zulässig	251
(a) SE als beherrschtes Unternehmen im Vertragskonzern zulässig	251
(b) SE als beherrschtes Unternehmen im faktischen Konzern zulässig	252
kk) Kriterien für die Wahl der Rechtsform SE	252
(1) Einheitliche Rechtsform	252
(2) Sitzverlegungsmöglichkeit	252
(3) Monistisches System	252
(4) Europäische Identität	253
(5) Mindestkapital	253
(6) Kostenreduzierung	253
(7) Möglichkeit grenzüberschreitender Verschmelzung	253
c) Europäische Genossenschaft (SCE)	253
aa) Historie	253
bb) Überblick	254
cc) Wesen der SCE	254
dd) Gründung	254
ee) Organe	255
III. Projekte	255
1. Richtlinien zur Angleichung der nationalen Gesellschaftsrechte (Vorentwürfe, Vorschläge)	255
a) Vorschlag für eine fünfte Richtlinie über die „Struktur der Aktiengesellschaft“ sowie die Befugnisse und Verpflichtungen ihrer Organe (Strukturrichtlinie)	255
aa) Historie	255
bb) Wesentlicher Inhalt	256
cc) Einzelheiten	256
(1) Verwaltung der Gesellschaft	256
(a) Leitungs- und Aufsichtsorgan im dualistischen System	256
(b) Monistisches System	257
(2) Zustimmungsbedürftige Geschäfte	258
(3) Vermeidung von Interessenkonflikten	258
(4) Rechte und Pflichten von Organmitgliedern	259
(5) Haftung gegenüber der Gesellschaft	259
(6) Beteiligung der Arbeitnehmer	260
dd) Regelungen zur Hauptversammlung	261
(1) Zuständigkeiten der Hauptversammlung	261
(2) Einberufung	261
(3) Teilnahmerecht	262

Inhaltsverzeichnis

(4) Auskunftsrecht	262
(5) Stimmrecht	262
ee) Jahresabschluss	263
ff) Sonstige Bestimmungen	264
b) Vorschlag für eine neunte Richtlinie „Über die Verbindungen zwischen Unternehmen, insbesondere über Konzerne“ (Konzernrechtsrichtlinie)	264
aa) Historie	264
bb) Inhalt	264
(1) Vertragskonzern und Eingliederung	264
(2) Faktischer Konzern und abhängige Gesellschaft	265
(3) Mitteilungspflichten	265
(4) Erwerbspflicht	265
c) Vorentwurf für eine Richtlinie über die Auflösung und Abwicklung von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Liquidationsrichtlinie)	265
aa) Historie	266
bb) Wesentlicher Inhalt	266
(1) Anwendungsbereich	266
(2) Auflösung der Gesellschaft	266
(3) Liquidation	267
(4) Abwicklungsverfahren	267
d) Weitere Projekte	268
2. Europäisches Einheitsrecht (Vorentwürfe, Vorschläge)	268
a) Europäischer Verein (AE)	268
aa) Historie	268
bb) Zweck, Grundstruktur	268
b) Europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft (ME)	269
aa) Historie	260
bb) Zweck und Anwendungsbereich der ME	270
cc) Struktur der ME	270
E. Ausländisches Recht (Spahlinger/Wegen)	273
I. Vergleichender Überblick: Grundinformationen über das Gesellschaftsrecht in den USA, England, den Niederlanden, Frankreich, Schweiz, Österreich, Spanien, Kanada, Italien und Japan	273
1. USA	273
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen	273
b) Erforderliche Zeit für eine Gründung	273
c) Notwendige Schritte für die Gründung	273
d) Mindestkapital	274
e) Notwendige Organe der Gesellschaft einschließlich Angabe der Mindestzahl der Personen in Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungsorganen	274
f) Börsenzulassung	274
g) Wesentliche Steuern, die auf die Gesellschaft Anwendung finden und Angabe der anwendbaren Steuersätze	274
h) Weitere Besonderheiten	275
i) Weiterführende Literatur zum Gesellschaftsrecht dieses Landes und den häufig genutzten Gesellschaftsformen	276
j) Kollisionsregel des Internationalen Gesellschaftsrecht: Nach welchen Kriterien bestimmt sich, welches Recht auf eine Gesellschaft Anwendung findet?	276
2. England	277
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen	277
b) Erforderliche Zeit für eine Gründung	277
c) Notwendige Schritte für die Gründung	277
d) Mindestkapital	277
e) Notwendige Organe der Gesellschaft einschließlich Angabe der Mindestzahl der Personen in Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungsorganen	277
f) Börsenzulassung	278
g) Wesentliche Steuern, die auf die Gesellschaft Anwendung finden und Angabe der anwendbaren Steuersätze	278

Inhaltsverzeichnis

h) Weiterführende Literatur zum Gesellschaftsrecht dieses Landes und den häufig genutzten Gesellschaftsformen	278
i) Kollisionsregel des Internationalen Gesellschaftsrecht: Nach welchen Kriterien bestimmt sich, welches Recht auf eine Gesellschaft Anwendung findet?	279
3. Niederlande	279
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen	279
b) Erforderliche Zeit für eine Gründung	279
c) Notwendige Schritte für die Gründung	279
d) Mindestkapital	279
e) Notwendige Organe der Gesellschaft einschließlich Angabe der Mindestzahl der Personen in Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungsorganen	279
f) Börsenzulassung	280
g) Wesentliche Steuern, die auf die Gesellschaft Anwendung finden und Angabe der anwendbaren Steuersätze	280
h) Weitere Besonderheiten	280
i) Weiterführende Literatur zum Gesellschaftsrecht dieses Landes und den häufig genutzten Gesellschaftsformen	281
j) Kollisionsregel des Internationalen Gesellschaftsrecht: Nach welchen Kriterien bestimmt sich, welches Recht auf eine Gesellschaft Anwendung findet?	281
4. Frankreich	281
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen	281
b) Erforderliche Zeit für eine Gründung	281
c) Notwendige Schritte für die Gründung	281
d) Mindestkapital	282
e) Notwendige Organe der Gesellschaft einschließlich Angabe der Mindestzahl der Personen in Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungsorganen	283
f) Börsenzulassung	283
g) Wesentliche Steuern, die auf die Gesellschaft Anwendung finden und Angabe der anwendbaren Steuersätze	283
h) Weiterführende Literatur zum Gesellschaftsrecht dieses Landes und den häufig genutzten Gesellschaftsformen	283
i) Kollisionsregel des Internationalen Gesellschaftsrecht: Nach welchen Kriterien bestimmt sich, welches Recht auf eine Gesellschaft Anwendung findet?	284
5. Schweiz	284
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen	284
b) Erforderliche Zeit für eine Gründung	284
c) Notwendige Schritte für die Gründung	284
d) Mindestkapital	285
e) Notwendige Organe der Gesellschaft einschließlich Angabe der Mindestzahl der Personen in Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungsorganen	285
f) Börsenzulassung	285
g) Wesentliche Steuern, die auf die Gesellschaft Anwendung finden und Angabe der anwendbaren Steuersätze	285
h) Weitere Besonderheiten	286
i) Weiterführende Literatur zum Gesellschaftsrecht dieses Landes und den häufig genutzten Gesellschaftsformen	286
j) Kollisionsregel des Internationalen Gesellschaftsrecht: Nach welchen Kriterien bestimmt sich, welches Recht auf eine Gesellschaft Anwendung findet?	287
6. Österreich	287
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen	287
b) Erforderliche Zeit für eine Gründung	287
c) Notwendige Schritte für die Gründung	287
d) Mindestkapital	288
e) Notwendige Organe der Gesellschaft einschließlich Angabe der Mindestzahl der Personen in Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungsorganen	288
f) Börsenzulassung	288
g) Wesentliche Steuern, die auf die Gesellschaft Anwendung finden und Angabe der anwendbaren Steuersätze	288

Inhaltsverzeichnis

h) Weiterführende Literatur zum Gesellschaftsrecht dieses Landes und den häufig genutzten Gesellschaftsformen	289
i) Kollisionsregel des Internationalen Gesellschaftsrecht: Nach welchen Kriterien bestimmt sich, welches Recht auf eine Gesellschaft Anwendung findet?	289
7. Spanien	289
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen	289
b) Erforderliche Zeit für eine Gründung	289
c) Notwendige Schritte für die Gründung	289
d) Mindestkapital	290
e) Notwendige Organe der Gesellschaft einschließlich Angabe der Mindestzahl der Personen in Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungsorganen	290
f) Börsenzulassung	290
g) Wesentliche Steuern, die auf die Gesellschaft Anwendung finden und Angabe der anwendbaren Steuersätze	291
h) Weitere Besonderheiten	291
i) Weiterführende Literatur zum Gesellschaftsrecht dieses Landes und den häufig genutzten Gesellschaftsformen	294
j) Kollisionsregel des Internationalen Gesellschaftsrecht: Nach welchen Kriterien bestimmt sich, welches Recht auf eine Gesellschaft Anwendung findet?	294
8. Kanada	295
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen	295
b) Erforderliche Zeit für eine Gründung	295
c) Notwendige Schritte für die Gründung	295
d) Mindestkapital	296
e) Notwendige Organe der Gesellschaft einschließlich Angabe der Mindestzahl der Personen in Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungsorganen	296
f) Börsenzulassung	296
g) Wesentliche Steuern, die auf die Gesellschaft Anwendung finden und Angabe der anwendbaren Steuersätze	296
h) Weitere Besonderheiten	296
i) Weiterführende Literatur zum Gesellschaftsrecht dieses Landes und den häufig genutzten Gesellschaftsformen	297
j) Kollisionsregel des Internationalen Gesellschaftsrecht: Nach welchen Kriterien bestimmt sich, welches Recht auf eine Gesellschaft Anwendung findet?	297
9. Italien	297
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen	297
b) Erforderliche Zeit für eine Gründung	298
c) Notwendige Schritte für die Gründung	298
d) Mindestkapital	299
e) Notwendige Organe der Gesellschaft einschließlich Angabe der Mindestzahl der Personen in Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungsorganen	299
f) Börsenzulassung	300
g) Wesentliche Steuern, die auf die Gesellschaft Anwendung finden und Angabe der anwendbaren Steuersätze	300
h) Weitere Besonderheiten	300
i) Weiterführende Literatur zum Gesellschaftsrecht dieses Landes und den häufig genutzten Gesellschaftsformen	301
j) Kollisionsregel des Internationalen Gesellschaftsrecht: Nach welchen Kriterien bestimmt sich, welches Recht auf eine Gesellschaft Anwendung findet?	301
10. Japan	301
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen	301
b) Erforderliche Zeit für eine Gründung	301
c) Notwendige Schritte für die Gründung	302
d) Mindestkapital	303
e) Notwendige Organe der Gesellschaft einschließlich Angabe der Mindestzahl der Personen in Geschäftsführungs- bzw. Verwaltungsorganen	303
f) Börsenzulassung	303
g) Wesentliche Steuern, die auf die Gesellschaft Anwendung finden und Angabe der anwendbaren Steuersätze	303

Inhaltsverzeichnis

h) Weitere Besonderheiten	304
i) Weiterführende Literatur zum Gesellschaftsrecht dieses Landes und den häufig genutzten Gesellschaftsformen	305
j) Kollisionsregel des Internationalen Gesellschaftsrecht: Nach welchen Kriterien bestimmt sich, welches Recht auf eine Gesellschaft Anwendung findet?	306
II. Ausführlichere Länderberichte	306
1. Gesellschaftsrecht der USA	306
a) Anwendbares Recht	306
b) Gesellschaftsformen	307
aa) Corporation	308
(1) Strukturmerkmale	308
(2) Gründungsvorgang	308
(3) Organe der Gesellschaft	309
(a) Shareholders	309
(b) Directors	309
(c) Officers	311
bb) General Partnership	311
cc) Limited Partnership	311
dd) Limited Liability Partnership	312
ee) Limited Liability Company	312
2. Englischs Gesellschaftsrecht	313
a) Gesellschaftsformen	313
b) Quellen des Gesellschaftsrechts	313
c) Eigene Rechtspersönlichkeit	314
d) Beschränkte Haftung und Ausnahmen	314
e) Satzung der Gesellschaft	314
(1) Memorandum of Association	314
(2) Articles of Association	315
f) Gründung einer registered company	315
g) Organe der Gesellschaft	316
(1) Board of directors	316
(2) Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung	316
h) Pflichten der directors	317
i) Durchsetzung der Pflichten der directors	318
j) Handlungen der Gesellschaft	319
k) Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung	319
3. Niederländisches Gesellschaftsrecht	320
a) Gründung	321
b) Eigenkapital	321
aa) Beschränkungen der Übertragbarkeit von Anteilen	322
bb) Ausschüttungen an Anteilseigner	322
cc) Rückkauf von Anteilen	322
dd) Kapitalaufbringung	322
c) Vorstand und Vertretung der Gesellschaft	322
d) Gesellschafter- bzw. Hauptversammlung	323
e) Aufsichtsrat	323
f) Betriebsrat	323
g) Schiedsordnung (Geschillenregelung)	324
aa) Squeeze-out	324
bb) Buy-out	324
h) Untersuchungsverfahren (Enquête)	324
i) Jahresabschluss	325
j) Große Gesellschaften	326
4. Französisches Gesellschaftsrecht	326
a) Häufig genutzte Gesellschaftsformen in Frankreich	326
aa) Société Anonyme	327
(1) Gründung einer SA	327
(a) Satzung	327

Inhaltsverzeichnis

(b) Zeichnung der Aktien	327
(2) Die Geschäftsführung einer SA	328
(a) Verwaltungsrat und Generaldirektor	328
(b) Aufsichtsrat und Vorstand	328
(3) Hauptversammlungen einer SA	329
(4) Beschränkungen der Übertragbarkeit von Aktien	329
(5) Rechnungsprüfer	329
bb) Sociétés à Responsabilité Limitée	329
(1) Gründung einer SARL	329
(2) Zeichnung der Geschäftsanteile	329
(3) Geschäftsführung der SARL	329
(4) Beschränkungen der Übertragbarkeit von Gesellschaftsanteilen	329
(5) Rechnungsprüfer	330
cc) Sociétés par Actions Simplifiées	330
(1) Gründung einer SAS	330
(2) Geschäftsführung einer SAS	330
(3) Hauptversammlung einer SAS	330
(4) Beschränkungen bezüglich der Übertragbarkeit von Aktien	330
(5) Rechnungsprüfer	331
b) Haftung der Geschäftsführer bei den in Frankreich am häufigsten genutzten Gesellschaftsformen	331
aa) Zivilrechtliche Haftung	331
(1) Haftung gegenüber den Anteilseignern der Gesellschaft	331
(2) Haftung gegenüber Dritten	331
(3) Mögliche Haftungsbeschränkungen	331
bb) Strafrechtliche Sanktionen	331
cc) Haftungsrelevante Fallkonstellationen	331
(1) Konkurs der Gesellschaft	331
(2) Arbeitsrecht	331
(3) Gesundheits- und Sicherheitsfragen	332
(4) Umweltrecht	332
(5) Steuern	332
III. Überblick über das internationale Gesellschaftsrecht ausländischer Staaten	332
F. Steuerliche Überlegungen zur Rechtsformwahl (<i>Witt</i>)	341
I. Wahl zwischen einer Kapital- oder Personengesellschaft im Ausland	341
1. Gestaltungsvorgaben	341
2. Besteuerung von ausländischen Tochterkapitalgesellschaften	342
a) Besteuerung der Kapitalgesellschaft	342
b) Besteuerung der Gesellschafter	342
3. Besteuerung von ausländischen Tochterpersonengesellschaften	344
a) Sitzstaat der Personengesellschaft	344
b) Sitzstaat der Gesellschafter	344
4. Qualifikation und Qualifikationskonflikte	345
II. Handeln durch eine ausländische Rechtsform im Inland	346
G. Corporate Governance (<i>Carl</i>)	347
I. Begriffsbestimmung, Standort und Funktion von Corporate Governance	347
1. Begriffsbestimmung	347
a) Gesellschaftsrechtliche Definition	347
b) Shareholder value und stakeholder value	347
c) Kapitalmarktrechtliche Dimension	348
2. Entwicklung eines deutschen Corporate Governance Regelwerks	348
II. Der Deutsche Corporate Governance Kodex	349
1. Zielsetzung	349
2. Rechtliche Einordnung	349
3. Systematik des Kodex	350

Inhaltsverzeichnis

4. Schwerpunkte und neuralgische Empfehlungen des DCGK	350
a) Aktionärsrechte	350
b) Empfehlungen an Vorstandsmitglieder	351
c) Empfehlungen an Aufsichtsratsmitglieder	351
d) Vergütung der Organmitglieder	352
e) Gesetzesauslegung im DCGK	352
5. Die unzureichende Berücksichtigung der konzernverbundenen AG im DCGK	353
a) Informationsrechte des herrschenden Unternehmens	353
b) Verschwiegenheitspflicht der Organmitglieder im Konzern	354
6. Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG	354
a) Zuständigkeit	354
b) Praktische Hinweise	355
c) Aktualisierungspflicht	356
7. Akzeptanz des DCGK	356
8. Haftungsrisiken im Zusammenhang mit der Entsprechenserklärung	357
a) Innenhaftung der Organmitglieder bei Nichtbeachtung von DCGK-Empfehlungen	357
b) Außenhaftung der AG	357
9. Strafrechtliche Risiken bei fehlerhafter Entsprechenserklärung?	358
10. Auswirkungen fehlerhafter Entsprechenserklärungen auf Entlastungsbeschlüsse	359
III. Kapitalmarktrechtliche Vorschriften für Corporate Governance	359
1. Transparenz durch Mitteilungspflichten	359
a) Ad-hoc-Mitteilungen	359
b) Insiderverzeichnisse	360
c) Directors' Dealings	360
2. Haftung des Emittenten bei verspäteter oder fehlerhafter Information	361
a) Verspätete Veröffentlichung von Insiderinformation	361
b) Veröffentlichung unwahrer Insiderinformation	361
c) Persönliche Haftung der Organmitglieder	362
IV. Rechnungslegung als Bestandteil der Corporate Governance	362
1. Internationale Rechnungslegung	362
2. Kontrolle des Jahresabschlusses	363
a) Bilanzkontrolle durch zweistufiges Verfahren	363
b) Rechtsschutzmöglichkeiten	364
3. Unabhängigkeit des Abschlussprüfers	364
V. Corporate Governance in mittelständischen Unternehmen	366
VI. Europäische Corporate Governance	366
1. Überblick über nationale Regelungen	366
2. Stand der Diskussion auf europäischer Ebene	366
a) Regelungstechnik	366
b) Vergütung von Direktoren und Kontrolle durch die Aktionäre	367
c) Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder	369
d) Einrichtung von Ausschüssen, insbesondere Prüfungsausschuss („Audit Committee“)	370
VII. Sarbanes-Oxley Act – US-amerikanische Vorgaben und Umsetzungszwang für deutsche Gesellschaften	371
1. Anwendungsbereich	371
2. Überblick über wesentliche Einzelregelungen	372
a) Erklärungen zu Jahresabschlüssen/Quartalsberichten	372
b) Einrichtung von Kontroll- und Informationssystemen	373
c) Off Balance Sheet Transactions	374
d) Audit Committee	374
e) Code of ethics	375
f) Prüferkontrolle durch das Public Company Accounting Oversight Board	375
g) Trennung von Abschlussprüfung und Beratung	375
h) Berufsregeln für Rechtsanwälte	375

Inhaltsverzeichnis

H. Anhänge	377
Anhang I Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 13. 5. 1975 (Art. 1–10)	377
Anhang II Deutsch-dänisches Beglaubigungsabkommen vom 17. 6. 1936 (Art. 1–7)	379
Anhang III Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 13. 9. 1971 (Art. 1–13)	381
Anhang IV Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Griechenland über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts vom 11. 5. 1938 (Art. 24)	383
Anhang V Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden vom 7. 6. 1969 (Art. 1–8) ..	384
Anhang VI Bilateraler Beglaubigungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Österreich vom 21. 6. 1923 (Art. 1–4)	386
Anhang VII Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden vom 14. 2. 1997 (Art. 1–4)	387
Stichwortverzeichnis	389

Inhaltsverzeichnis

